ÖSTERREICHISCHE

Nummer 6 | Dezember 2013 | 100. Jahrgang

Sparkassen Zeitung

ERSTE BANK | SPARKASSE

www.sparkasse.at

Frauen in Spitzenpositionen
Die männliche Monokultur im Führungsstab großer Finanzinstitutionen bekommt erste Risse.
>> *Seite 3*

Bankenregulatorien
Josef Christl über regulatorische Lawinen und eine Politik mit Augenmaß.
>> *Seite 6*

Sparkassenidee in Europa
Die Europäische Sparkassenvereinigung feiert dieses Jahr ihr 50jähriges Bestehen.
>> *Seite 7*

Foto: Godany

Nina Hoppe, im Sparkassenverband verantwortlich für Public Affairs, und Generalsekretär Michael Ikrath: „Der Politik fehlt das Verständnis für Zusammenhänge."

„Die Politik sollte auf die Sparkassengruppe stolz sein"

Haftungsverbund, Rückzahlung des Partizipationskapitals an den Bund, anhaltender Ertragsdruck durch die Bankenabgabe, die Folgen der Niedrigzinspolitik für Sparer und Kapitalmärkte, das anhaltende Banken-Bashing seitens der Politik und deren mangelndes Verständnis für den Finanzplatz Österreich: Für die Sparkassengruppe geht ein bewegtes Jahr zu Ende. Eine Bestandsaufnahme aus der Sicht des Sparkassenverbandes.

Die Gestaltungsaufgabe ist bewältigt: Der weiterentwickelte Haftungsverbund steht, die notwendigen Anpassungen innerhalb der Sparkassengruppe an das regulatorische und wettbewerbspolitische Umfeld sind auf Schiene. „Auf der Basis unseres bewährten Geschäftsmodells als finanzieller Nahversorger für Private und Unternehmen sowie der Verantwortung der Sparkassen in ihrer Region haben wir für unsere Gruppe ausgezeichnete Voraussetzungen für die Zukunft geschaffen. Ab Jahresbeginn 2014 gehen wir daher mit Entschlossenheit und gemeinsamer Stärke in den Wettbewerb und konzentrieren uns voll auf den Markt und unsere Kunden", skizziert Generalsekretär Michael Ikrath die Ausgangslage zur Jahreswende.

Das Selbstbewusstsein ist unverkennbar, und auch Zufriedenheit mit der bewiesenen Problemlösungskompetenz schwingt mit. „Die Erste Group hat als einzige Bank des Landes die Eigenmittelstärkung des Bundes in Form des Partizipationskapitals bereits zurückgezahlt und mit einer Zinsleistung von rund einer halben Milliarde Euro war diese Kapitalhilfe für den Steuerzahler ein durchaus gutes Geschäft", unterstreicht Ikrath.

> „Die Erste war wieder einmal die Erste."

Beim Mitbewerb stehe diese Hausaufgabe noch aus. „Die Erste war wieder einmal die Erste."

Bankenabgabe ist eine Substanzbesteuerung

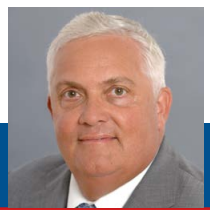
Das sei nur deshalb möglich gewesen, weil „uns das Geschäftsmodell der Sparkassen als regional verankerte Kundenbanken Stärke auch in der Krise verliehen hat", betont Nina Hoppe, verantwortlich für den Bereich Public Affairs im Verband.

Umso mehr ist es für beide schwer verständlich, dass die Politik so konsequent am populistischen Banken-Bashing festhalte.

„Die Politiker sollten auf die Funktion der mehr als 800 österreichischen Kundenbanken, die ausschließlich die Realwirtschaft finanzieren und ihre Krisenbewältigung, viel mehr stolz sein und endlich den fundamentalen Unterschied zu den vielfach von reiner Gier getriebenen Investmentbanken begreifen", betont Ikrath.

Die Bankenabgabe habe konfiskatorischen Charakter, werde ertragsunabhängig eingehoben und sei in

Meine Meinung



Regularien sind wichtig, Verantwortung ist besser

2013 war in der Kreditwirtschaft von einem Thema dominiert: den neuen Regularien und der Frage, wer die Regulatoren sein werden. Die volkswirtschaftliche Funktion der Banken ist dabei leider völlig in den Hintergrund getreten. Jetzt ist es höchste Zeit, sich auch auf politischer Ebene wieder dieser Frage zu widmen. Die Koalitionsverhandlungen haben gezeigt, wie fragil der eingeschlagene Pfad der dringend notwendigen Haushaltskonsolidierung ist, sobald prognostizierte Wachstumsraten nicht eintreffen. Im Klartext: Die öffentliche Hand braucht nicht nur handfeste Strukturreformen, deren budgetäre Auswirkungen meist ohnehin Jahre auf sich warten lassen. Sie braucht vor allem die Rückkehr zum Wachstumspfad der Gesamtwirtschaft. Genau hier kommen die Banken und besonders die Sparkassen als finanzielle Nahversorger der regionalen Unternehmen und privaten Haushalte ins Spiel.

Österreichs Wirtschaft ist von KMU dominiert. Diese haben – nicht zuletzt als Folge vermehrter Exportanstrengungen – in der Vergangenheit die Motorfunktion inne gehabt. Und wir werden gerade KMU beim nächsten, hoffentlich bald einsetzenden Konjunkturaufschwung dringend brauchen.

Mittelständische Wirtschaft braucht verlässliche Partner für die Fremdfinanzierung. Dass wir in den Sparkassen diese Aufgabe auch in der Hochphase der Finanzkrise problemlos gemeistert haben, ist evident. Als klassische Kundenbanken mit hohem Sparaufkommen waren wir ein Fels in der teils stürmischen Brandung. Das wollen wir wieder sein, aber man muss uns dafür die Kraft lassen.

Die Aufstockung der Eigenmittel in der europäischen Kreditwirtschaft ist wichtig. Es war auch klar, dass nach der weltweiten Zockerei diverser Investmentbanken die regularischen Zügel straffer zu ziehen sein werden. Was bei diesen grundsätzlich guten Bemühungen verloren ging, ist das Augenmaß.

Die heimische Bankenabgabe etwa ist ein Beispiel, dass man die Zusammenhänge nicht kennt oder negiert. Mit ertragsunabhängiger Substanzbesteuerung, deren Erlöse zudem nicht in Krisenfonds, sondern ins laufende Budget fließen, wird der Aufbau weiterer Eigenmittel drastisch erschwert. Zumal die Höhe der Abgabe – etwa im Vergleich zu Deutschland – einer Strafe gleicht.

Je mehr Regeln befolgt werden müssen, umso höher die Kosten der Banken. Auch das gilt es endlich zu bedenken. Und es kann nicht sein, dass Banken fast schon mehr Personal, Zeit und Geld in das Befolgen von Regeln investieren als ihnen für ihr Kerngeschäft bleibt.

Regeln sind nötig, das ist auch für die österreichischen Sparkassen keine Frage. Aber Verantwortungsbewusstsein ist noch besser. Dieses haben wir Sparkassen verlässlich und nachhaltig unter Beweis gestellt. Die Politik sollte uns in Zukunft nicht hindern, dieses erfolgreiche Geschäftsmodell – zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft – weiter verfolgen zu können.

Des Banken-Bashings ist wahrlich genug getan!

Christian Aichinger
Präsident des Österreichischen Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

Postentgelt bar bezahlt. Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt Wien 1030 | Zig. Nr. GZ 02 Z 031269 M

SPARKASSEN NEWS

Bestes Private Banking

Das britische Finanzmagazin „The Banker“ sowie das Branchenmagazin „PWM Professional Wealth Management“ haben die Erste Bank Oesterreich für das beste Private Banking ausgezeichnet. Das Private Banking der Erste Bank und Sparkassen managt ein Vermögen von ca. 40 Milliarden Euro. Das entspricht einem Marktanteil von 25 Prozent. Damit ist die Erste Bank Marktführer in diesem Top-Segment.

Audit berufundfamilie

Gleich vier Mitglieder der Sparkassengruppe erhielten kürzlich von Wirtschafts- und Familienminister Reinhold Mitterlehner das Zertifikat „Audit berufundfamilie“. Die s Versicherung, die Steiermärkische Sparkasse, die Sparkasse Niederösterreich Mitte West und die Waldviertler Sparkasse wurden damit für ihr Engagement für eine familienbewusste Personalpolitik und ausgewogene Work-Life-Balance der Mitarbeiter gewürdigt.

Zertifikatsverleihung an die s Versicherung. Vorstandsvorsitzender Heinz Schuster, Personalchef Jürgen Pfeiler sowie Wirtschafts- und Familienminister Reinhold Mitterlehner.

Anerkennung für nachhaltige Veranlagungsstrategie

Die VBV–Vorsorgekasse AG wurde für die nachhaltige Ausrichtung ihrer Veranlagungspolitik mit dem angesehenen „ESG Leaders Award“ in der Kategorie „Best Investor in ESG (Environmental, Social, Governance)“ ausgezeichnet. Die VBV konnte sich dabei gegen renommierte Mitbewerber wie die französische ERAFP, eine der weltweit größten Pensionsvorsorgekassen, sowie das niederländische Treuhandunternehmen PGGM durchsetzen.

Kärntens beste Lehrlinge

Am 14. November fand bei Infineon Technologies Austria in Villach der Lehrlingswettbewerb 2013 der Kärnten Industriellenvereinigung statt. Der Hauptpreis, drei Vespas sowie spark7-Jugendkonten für die zweit- und drittplatzierten Teams wurden von der Kärntner Sparkasse gespendet.

Gabriele Semmelrock-Werzer, Sprecherin des Vorstands der Kärntner Sparkasse, und Claudia Mischensky, Geschäftsführerin der IV-Kärnten, mit den Siegern des Lehrlingswettbewerbs (Team Kelag).

Wirklichkeit eine Substanzbesteuerung. „In einer Zeit, in der nationale wie EU-Regulatoren sowie Basel III mit Recht eine Aufstockung des Eigenkapitals fordern, wird den heimischen Banken fiskalisch eine Bleiweste angelegt, die den Eigenmittelaufbau und damit ihre Kreditfinanzierungsfähigkeit beträchtlich behindert. Diese Bankenabgabe ist ein Austriacum, denn in Deutschland zahlt die mindestens zehnmal so große Kreditwirtschaft den gleichen Betrag an Bankenabgabe und dieser fließt in einen Bankenrettungsfonds – und nicht ins laufende Budget“, charakterisiert Hoppe das Spannungsfeld zwischen Eigenmittelaufstockung aus eigener Kraft und einer überbordenden Steuerlast.

„Für diesen Zusammenhang fehlt in der Politik derzeit völlig das Verständnis“, bedauert Ikrath, der bei den gegenwärtigen Akteuren in Regierung und Parlament die so notwendige Symbiose von finanzwirtschaftlicher Expertise und politischer Erfahrung sowie Fachkompetenz hinsichtlich der Funktion von Banken vermisst. „Es ist beängstigend, wie wenig die Wechselwirkung zwischen funktionsfähigen, ertragsstarken Banken und der Finanzierung von Wirtschaftswachstum und somit der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze berücksichtig wird“, analysiert der Generalsekretär des Sparkassenverbandes.

Michael Ikrath: „Die Sparkassen sind das Herzstück einer soliden Fremdfinanzierung der mittelständischen Wirtschaft.“

Niedrige Zinsen gefährden Investionsfinanzierung

Diese Politik der Ignoranz gegenüber den Banken bringe Nachteile für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und riskiere eine Kreditklemme, wenn der Wachstumsmotor wieder anspringt und die Kreditnachfrage steigt, unterstreicht Hoppe.

Dabei würden Finanzthemen in der Wirtschaftspolitik in Zukunft zweifellos an Bedeutung gewinnen. Zu der in jüngster Zeit aufgeflammten Diskussion über die organisatorische Straffung der nationalen Bankenregulierung hat Ikrath eine klare Position: „Wenn ab Ende 2014 die EZB die Aufsichtsfunktion über die so genannten systemischen Banken und die nationalen Regulatoren übernimmt, dann ist es doch sinnvoll, in Österreich diesbezüglich zu straffen. Denn jede regulatorische Schnittstelle schafft zusätzliche Kosten.“

Die anhaltende Niedrigzinspolitik bereitet Hoppe und Ikrath ebenfalls Sorgen: „Die EZB pumpt billiges Geld in die Märkte. Aber in vielen Ländern werden daraus keine günstigen Unternehmenskredite, sondern es werden Staatsanleihen gekauft“, so Ikrath. „Dazu kommt, dass viele Sparer europaweit ebenfalls in höher verzinste Staatsanleihen investieren, was mit beträchtlichen Risiken verbunden sein kann. Denn allein die Kurseinbußen bei einem Anstieg der Zinsen könnten zu bösem Erwachen führen“, ergänzt Hoppe.

Nina Hoppe: „Die Politik sollte das Hausbankenprinzip bei der Finanzierung der KMU in Österreich als riesigen Strukturvorteil begreifen.“

Beide sehen in der Politik der niedrigsten Zinsen mittelfristig die Gefahr, dass die Banken weniger Kundeneinlagen bekommen und dass in der Folge die Investitionsmittel fehlen.

Die niedrigen Zinsen führten derzeit zu keiner Investitionsbelebung und könnten bei anhebender Konjunktur als Folge zu geringer Sparquoten die Finanzierungsenge von morgen bewirken. „Diese Entwicklungen verlangen kluge Alternativen, denn die Sparkassen sind nun einmal das Herzstück einer soliden Fremdfinanzierung der mittelständischen Wirtschaft.“ Der vielfach propagierte Trend zu mehr Eigenmittel von außen könne nur ergänzende Funktion haben. Gebündelte Unternehmensanleihen, die handelsfähig gemacht werden, vergrößerten das Risiko von Spekulationsblasen, weil „die Unternehmen die Investoren nicht kennen und die Anleger solche Produkte nur unter spekulativen Aspekten betrachten“, formuliert Ikrath seine Bedenken. Und Hoppe weiter: „Die Politik sollte das Hausbankenprinzip bei der Finanzierung der KMU in Österreich als riesigen Strukturvorteil begreifen und Klein- und Mittelbetriebe nicht in ein Abenteuer zwingen.“

Was man derzeit nicht brauchen könne, sei ein „Zockermarkt“ bei den Corporate Bonds.

Bleibt noch die Frage nach der Finanztransaktionssteuer: „Ich hatte da seit Beginn enorme Vorbehalte. Sie wäre im Endeffekt keine Lenkungsabgabe – weil das technisch nur schwer möglich ist –, sondern eine weitere Steuer, um den Anleger abzukassieren. Deshalb sind wir in den Sparkassen nicht traurig, wenn die Finanztransaktionssteuer nicht kommt“, so Ikrath abschließend.

von Milan Frühbauer

Wer hat Angst vor Fiona Woolf?

Während sich die Politik noch immer unentschlossen zeigt, Frauenquoten gesetzlich nicht nur zu fordern, sondern auch zu verankern, übernehmen immer mehr Frauen in der Finanzwelt Top-Positionen. Ob dies bereits ein Ergebnis der Debatte ist, versucht Nina Hoppe zu analysieren.

Fiona Woolf ist neue Bürgermeisterin der City of London. Also quasi eine Art Bezirksvorsteherin. Sie ist erst die zweite Frau von bis heute 686 Mayors. Nur war ihr Amt noch nie so mächtig wie heute. Die City of London Corporation ist die älteste noch bestehende gewählte Kommunalverwaltung der Welt – und eine sehr ungewöhnliche. Neben den Einwohnern der City of London dürfen auch die dort ansässigen Unternehmen ihren Bürgermeister wählen. Ihr Stimmengewicht wird nach der Anzahl der Arbeitsplätze erfasst. Und damit sind diese Unternehmen einflussreicher als die Einwohner der City of London. Unternehmen wie Goldman Sachs etwa oder die Bank of China. Eine kleine Demokratie des Kapitals. Und Woolf ist ihr neues Sprachrohr. Woolf wird bei ihrer Arbeit – Lobbyieren für den Firmenplatz und die Identität der City of London – auch auf andere Frauen treffen. Wie Christine Lagarde, Chefin des Internationalen Währungsfonds. Die Ironie der Geschichte wollte es, dass sie dieses Amt aufgrund eines Sexskandals ihres Vorgängers (die „Dominique Strauss-Kahn Affäre") antrat. Lagarde wird auch gerne als Musterbeispiel für eine Frau genannt, die sich in der männerdominierten Welt durchgesetzt hat.

Dabei stellte sich wieder jenes Phänomen ein, das keine Quote wird ändern können: Lagarde wurden Managerqualitäten wie hartes Durchgreifen, Beharrlichkeit, konsequente Gesprächsführung, Fachwissen und Vielsprachigkeit attestiert. Dinge, die bei einem Mann in einer solchen Spitzenfunktion nicht analysiert werden, sondern selbstverständliche Voraussetzung für kommende Aufgaben darstellen. Noch immer findet man in der medialen Berichterstattung Bemerkungen über Frisur und Kleidungsstil von Christine Lagarde. Oder hat man schon einmal die Bezeichnung „der elegante David Cameron" oder „der Businessanzug tragende Mario Draghi" in den Medien gelesen? Eher nicht ...

Frauenquoten erst in fünf EU-Ländern

Lagarde scheint aber die „gläserne Decke" gebrochen zu haben. Mit der Ernennung von Janet Yellen zur neuen Chefin der amerikanischen Notenbank (FED) und Daniele Nouy, die ab kommendem Jahr die oberste Aufseherin über Europas Banken bei der EZB ist, ziehen immer mehr Frauen in zentrale Top-Positionen der internationalen Finanzwelt ein. Vielleicht beflügelt von einer Diskussion in Europa, eine verpflichtende Frauenquote in Vorstandsetagen und Aufsichtsräten (40 Prozent) bis 2020 einzuführen. Das EU-Parlament billigte Mitte November den diesbezüglichen Vorschlag der EU-Kommission (momentan gibt es erst in 5 EU-Ländern die sogenannte Frauenquote, darunter auch Italien und Frankreich).

Fiona Woolf ist neue Bürgermeisterin der City of London.

> „Auch das EU-Parlament könnte mehr Frauen brauchen."

Daniela Russo, Generaldirektorin bei der EZB

Frau zu sein und sich nominieren zu lassen, ist mittlerweile ein unternehmens- und politstrategisch wichtiger Ansatz geworden (siehe Nominierung von Nouy).

Auch beim innereuropäischen Machtspiel: Merkel sieht sich als Bundeskanzlerin der stärksten Volkswirtschaft Europas in Brüssel vorwiegend Männern gegenüber. Und sie ist dennoch auf ihre Art unantastbar, weil fast einzigartig. Die EU-Wahlen im Mai 2014 könnten auch ein kräftiges Motiv abgeben, Spitzenkandidatinnen zu nominieren. Denn auch das Europäische Parlament braucht diesbezüglich in seinen Spitzenfunktionen einen noch stärkeren Impuls. Bei den Konservativen wird Viviane Reding genannt, die sich als Justizkommissarin sehr für die Frauenquote in Unternehmen ausgesprochen hat.

Situation in Österreich

Wie steht es diesbezüglich um Österreich? Mit Maria Schaumayer und Gertrude Tumpel-Gugerell waren bereits vor der Quotendebatte zwei Frauen in Schlüsselpositionen der österreichischen Finanzwirtschaft tätig. Maria Fekter wurde als Finanzministerin immer als „der einzige Mann in der Regierung" bezeichnet (dieser Vergleich führt in Wahrheit die Gleichstellung in höchster Form ad absurdum). Tumpel-Gugerell saß im EZB-Direktorium und förderte ihrerseits junge Kolleginnen.

Wie z. B. Daniela Russo, Generaldirektorin bei der EZB. Russo befürwortet die Quote: „Ich bin kein Beispiel dafür, dass es auch ohne Quote geht. Ich bin vielmehr eine Ausnahme, die die Regel bestätigt. Frauen bekommen weniger Aufstiegschancen in Häusern, die von Männern dominiert werden."

Eine Meinung, die übrigens der Generalsekretär des Sparkassenverbandes, Michael Ikrath, teilt: „Eine zeitlich begrenzte Frauenquote ist notwendig, um die ‚gläsernen Decken' und traditionellen männlichen Strukturen aufzubrechen. Sobald aber ‚gender diversity' hergestellt ist, ist sie nicht mehr erforderlich, denn dann tritt an ihre Stelle endlich echte Chancengleichheit."

Die Autorin sieht aus persönlicher Erfahrung das Prinzip „Femina feminae lupa est" als größtes Problem (Die Frau ist der Frau Wölfin) der beruflichen Chancengleichheit und betont, keine Quotenfrau zu sein.

EINBLICK

Milan Frühbauer

Wachstumskritik und Armutsalarmismus

Es gehört mittlerweile zum guten Ton, das soziale Auseinanderdriften der Gesellschaft zu bejammern. Untermauert wird dieses Wehklagen mit immer neuen Statistiken zur tatsächlichen oder vermeintlichen Armutsgefährdung. Vor allem die karitativen Organisationen der Kirchen fordern bei jeder sich bietenden Gelegenheit: Mehr Sozialausgaben, mehr Geld für internationale Entwicklungszusammenarbeit, automatische Valorisierung der Transfereinkommen und zusätzliche Leistungen der Sozialversicherungsträger. Das Argument, dass in Österreich bereits jetzt 30 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts für Sozial- und Transfereinkommen aufgewendet werden, wird meist überhaupt nicht beachtet oder vom Tisch gewischt. Auch die Tatsache, dass die oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher für mittlerweile 54 Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens sorgen, wird von Caritas, Diakonie und Co. nie wirklich gewürdigt. Es ist immer zu wenig …

Großes Medienecho Dazu gesellt sich zunehmende Wachstumskritik in großen Teilen der Nichtregierungsorganisationen, die bekanntlich in den Medien auf ein weit über ihre gesamtgesellschaftliche Bedeutung hinausgehendes Echo rechnen können. Insbesondere in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten des deutschen Sprachraumes.

Da werden die Mechanismen des internationalen Wettbewerbes ebenso verteufelt wie etwa die Tatsache, dass beispielsweise Deutschland – und erfreulicherweise auch Österreich – über wachsende Zahlungsbilanzüberschüsse verfügen. Das sei Raub an den ärmeren Ländern und unsere Konkurrenzfähigkeit sei nur dem Lohnverzicht geschuldet.

In diesem Spannungsfeld spielen sich derzeit weite Teile der makroökonomischen Diskussionen ab.

Daher ist Klartext angesagt: Die industriestaatlichen Sozialnetze und Transfermechanismen sind auf Wirtschaftswachstum angewiesen. Kaum sinken nämlich in einem Land die Beschäftigtenzahlen, schon erhöhen sich die Staatszuschüsse zur Pensionsversicherung, für die Krankenkassen oder die Arbeitslosenentgelte.

Man wird sich also bei den laustarken Systemkritikern entscheiden müssen: Will man einen funktionierenden und sein Leistungsspektrum ausbauenden Sozialstaat, um die Armutsbekämpfung zu flankieren, oder verteufelt man das Wachstum als Mangel an internationaler Solidarität?

Triviale Zusammenhänge Wirtschaftswachstum basiert in einem Land von der Größe Österreichs naturgemäß auf der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Exporte von Waren und Dienstleistungen. Beides zusammen, also ein dichteres Sozialnetz und weniger Marktanteil am Welthandel, kann man nicht haben. Zumal wachsende Bevölkerungszahlen und anhaltender Zuzug aus einkommensschwächeren Regionen dieser Welt in den Industriestaaten ungebremst anhalten.

Der Zusammenhang ist doch nicht schwer verständlich. Dennoch verfestigt sich vor allem in diversen Intellektuellenzirkeln der Eindruck, die Wachstumskritik per se sei einfach „fesch", und über die Folgen sollen sich gefälligst die anderen den Kopf zerbrechen.

Um die Financial Literacy ist es bekanntlich hierzulande schlecht bestellt. Aber mittlerweile müssten sich die Bildungsanstrengungen auch auf trivialere Sachverhalte konzentrieren.

Vielleicht gründet bald jemand eine neue NGO namens „Economic Basics International". Es wäre an der Zeit ...

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie" ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Regina Ovesny-Straka verlässt Salzburger Sparkasse

Die Generaldirektorin der Salzburger Sparkasse, Regina Ovesny-Straka, beabsichtigt mit April 2014 eine Funktion im Vorstand der slowakischen Kooperativa poisťovňa-Gruppe, dem Marktführer am slowakischen Versicherungsmarkt, zu übernehmen. Ihr folgt Gerald Fleischmann nach, der Anfang 2014 in den Vorstand der Salzburger Sparkasse einzieht. Im April übernimmt Fleischmann ihre Funktion und wird gemeinsam mit Christoph Paulweber die Sparkasse leiten.

Regina Ovesny-Straka, Gerald Fleischmann

Begleitung für traumatisierte Kinder

Im Rahmen der Benefizveranstaltung „Kinder an die Macht“ in der Grazer Münzgrabenkirche übergab die Steiermärkische Sparkasse symbolisch 15 bunte Luftballone an den Verein RAINBOWS, um damit ihre Wertschätzung und Unterstützung für Kinder und Jugendliche in stürmischen Zeiten auszudrücken. Dank der Unterstützung der Steiermärkische Sparkasse können 15 Kinder und Jugendliche begleitet werden, die eine Scheidung oder Trennung ihrer Eltern erleben mussten oder den Tod eines nahen Angehörigen zu verarbeiten haben.

Günther Feldgrill von der Steiermärkischen Sparkasse übergab Luftballone an Rainbows Steiermark als Symbol für die Zusammenarbeit.

Geld für Kirchenrenovierung

Die Wiener Neustädter Sparkasse spendete bereits zum dritten Mal 10.000 Euro an die Stadtgemeinde Traiskirchen – diesmal für die Renovierung der Nikolauskirche. „Dank Unterstützung der Sparkasse ist die Finanzierung für die Restaurierung der Fassade gesichert“, so Bürgermeister Knotzer.

Filialleiter Roman Steffler, Bgm. Friedrich Knotzer, Vorstandsvorsitzender Christian Aichinger, Stadtrat Helmuth Hlavacek und Filialdirektor Hans Doma

„Sehe den großen Aufschwung noch nicht“

Eher gedämpfte Konjunkturerwartungen zum Jahreswechsel hegt Ulrich Schuh, Leiter des Instituts EcoAustria, das erst vor kurzem durch eine Studie zur Altersvorsorge von sich Reden machte. Er hat dafür eine Reihe von handfesten, strukturellen Argumenten.

Sparkassenzeitung: ***Die Einkaufsmanager-Indizes verbessern sich, in Deutschland herrscht wieder konjunkturelle Aufbruchstimmung. Gibt das nicht auch In Österreich Anlass zu Optimismus für 2014?***

Ulrich Schuh, Leiter des Instituts EcoAustria: „Deutschland hat den Reformprozess hinter sich, Österreich hat diesbezüglich noch einiges vor sich.“

Schuh: Also ich bin vom großen Aufschwung im nächsten Jahr nicht überzeugt. Die aktuelle Stimmung basiert eher auf dem Prinzip Hoffnung. Die Diskussion über die Obergrenze der Staatsschulden in den USA wird im Frühjahr neu losbrechen und die anhaltende Instabilität der Weltwirtschaft ist offensichtlich. Die niedrigen Zinsen sind ja ein Symptom für eine eher lahme Wirtschaftsentwicklung. Die Finanzkrise ist keineswegs noch überwunden: Also es gibt noch einige Minenfelder für die Konjunktur. Ich gehe daher von einer Wachstumsrate in der Bandbreite zwischen 1 und 1,5 Prozent aus. Die 2 Prozentmarke sehe ich im kommenden Jahr nicht.

Könnte aber nicht Österreich von der deutschen Wirtschaftsbelebung gleichsam im Kielwasser schneller profitieren als andere Länder?

Deutschland hat den Reformprozess hinter sich, Österreich hat diesbezüglich noch einiges vor sich. Die Lohnstückkosten entwickeln sich in Deutschland seit einigen Jahren besser als in Österreich. Die Standortqualität Österreichs hinkt aber auch deshalb hinter jener Deutschlands nach, weil die Abgabenquote hierzulande um satte 4 Prozentpunkte über der deutschen Quote liegt. Das sind Nachteile, die man berücksichtigen muss. Für die gute österreichische Exportindustrie gibt es sicher eine Sogwirkung aus Deutschland, aber das entledigt uns nicht der Hausaufgaben für die Verbesserung der standortpolitischen Rahmenbedingungen. Zu denen naturgemäß auch die nachhaltige, ausgabenseitige Konsolidierung der Staatsfinanzen zählt.

> „Die Bildungsreform ist überfällig.“

Wie beurteilen Sie die aktuelle, wenig erfreuliche Entwicklung auf dem heimischen Arbeitsmarkt?

Die Arbeitslosenquote bei Niedrigqualifizierten steigt seit Jahren – unabhängig von der Konjunkturentwicklung – rasant an. Entlastung kann es kurzfristig nur geben, wenn wieder mehr Arbeitsplätze auch im Niedriglohnsegment angeboten werden, denn es ist allemal besser, jemand befindet sich im Arbeitsprozess als er steht außerhalb. Alle brauchen eine Perspektive.

Generell bin ich der Meinung, dass das AMS nicht alle Sünden des Bildungssystems reparieren kann. Die Bildungsreform ist überfällig, sonst werden wir weiterhin unter struktureller Arbeitslosigkeit leiden. Österreich braucht eine Qualifikationsoffensive, den die Qualifikation wird für die Wirtschaftsentwicklung eines Landes wie Österreich immer wichtiger. Gleichzeitig droht wieder eine Abwanderung der Deutschen, die in den vergangenen Jahren nach Österreich gekommen sind und hier beruflich Fuß gefasst haben. Die wachsenden Konjunkturchancen in Deutschland werden viele von ihnen wieder zurückholen.

In Europa ist eine Diskussion über die Export- und Leistungsbilanzüberschüsse der Deutschen losgebrochen. Diese seien Schuld an der Misere in vielen anderen europäischen Ländern, vor allem im Mittelmeerraum.

… was natürlich Unfug ist. Die deutschen Exporterfolge – übrigens auch jene Österreichs – resultieren ja nicht aus niedrigen Preisen aufgrund niedriger Löhne, sondern aus der globalen Wettbewerbsfähigkeit hoch spezialisierter Produkte und Dienstleistungen. Das sind keine Dumping-Produkte, sondern Güter mit einem konkurrenzfähigen Preis-Leistungsverhältnis. Dieses Verteufelnd der Exportüberschüsse geht völlig an der ökonomischen Realität vorbei.
Griechenland steht wirtschaftlich jetzt etwa dort, wo die neuen deutschen Bundesländer nach der Wiedervereinigung standen. Eine strukturelle Verbesserung ist nur mit Investitionen und mit Produktivitätssteigerungen möglich. Ähnlich wie in der ehemaligen DDR ist das ein längerfristiger Prozess, auf den man sich in den südlichen Ländern der Euro-Zone wird einstellen müssen. In Deutschland waren es immerhin zwei Jahrzehnte.

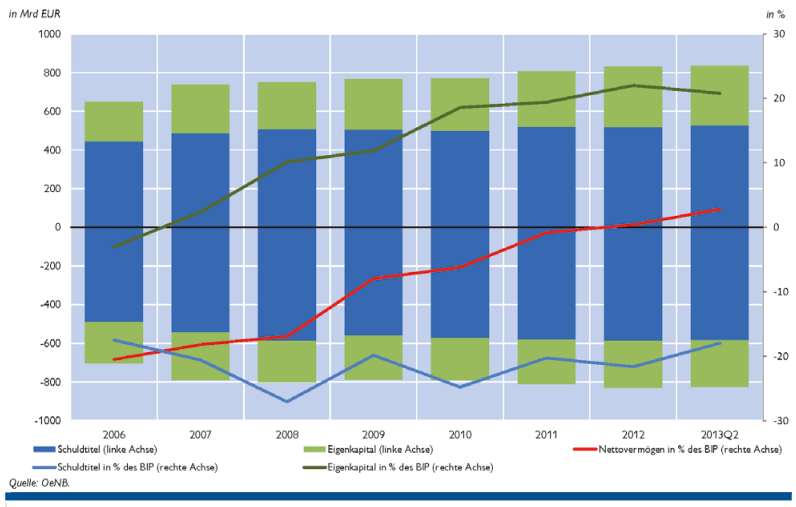
„Griechenland steht wirtschaftlich jetzt etwa dort, wo die neuen deutschen Bundesländer nach der Wiedervereinigung standen.“

Das Interview führte Milan Frühbauer

Österreich etabliert sich als Nettogläubiger

Aufgrund des ungünstigen globalen Wirtschaftsumfelds war der hochvernetzte österreichische Kapitalmarkt in den vergangenen Jahren durch Zurückhaltung der Investoren sowie eine stagnierende internationale Finanzverflechtung gekennzeichnet. Jetzt etabliert sich Österreich unter den Nettogläubigern mit hoher Bonität.

Die traditionell deutlich ausgeprägten Nettoverpflichtungen der heimischen Volkswirtschaft konnten weiterhin abgebaut und 2012 erstmalig in einen Überschuss gedreht werden. Österreich gehört damit innerhalb der EU einer kleinen Gruppe von Nettogläubigern an, die sich durch vergleichsweise gute Wirtschaftsdaten und hohe Bonität auszeichnen, woraus sich an den internationalen Kapitalmärkten günstige Finanzierungskonditionen ergeben. Ausländische Investoren kaufen nicht nur den Großteil der heimischen Bundesemissionen, sondern spielen auch im stark wachsenden Geschäft mit österreichischen Unternehmensanleihen eine entscheidende Rolle.



Internationale Vermögensposition gegliedert nach Eigenkapital und Schuldtitel.

> „Österreich feiert Exporterfolge und aktive Direktinvestitionen."

Österreichs Nettoforderungen gegenüber dem Ausland erreichten Ende Juni 2013 bereits 9 Mrd. Euro oder 3 Prozent des BIP. „Erfolge im internationalen Güter- und Dienstleistungsverkehr führen seit 2002 regelmäßig zu Leistungsbilanzüberschüssen, die mit Nettokapitalexporten verbunden sind", erläutert Johannes Turner, Direktor der Hauptabteilung Statistik der OeNB. „So konnten Österreichs Nettoverpflichtungen, die 2007 noch bei rund einem Fünftel der Wirtschaftsleistung lagen, laufend abgebaut und 2012 erstmalig in einen Überschuss verwandelt werden", so Turner. Derzeit hat nur ein Viertel der 28 EU-Länder Nettogläubigerstatus an den internationalen Kapitalmärkten. Neben Österreich sind dies Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Luxemburg und die Niederlande, deren Bonität, wie jene Österreichs – von den wichtigen Ratingagenturen überdurchschnittlich gut eingeschätzt wird.

Positiv wirkt sich auch die Finanzierungsstruktur der heimischen Volkswirtschaft aus, die von Fremdkapitalinstrumenten dominiert wird. Dies erlaubt im gegenwärtigen Niedrigzinsumfeld eine günstige und langfristige Finanzierung. Rund 70 Prozent der gesamten Verpflichtungen (827 Mrd. Euro) entfielen Ende Juni 2013 auf Fremdkapital. Österreich absorbiert deutlich mehr Fremdkapital aus dem Ausland als es dort veranlagt und weist daher in diesem Segment Nettoverpflichtungen von 18 Prozent des BIP auf. Umgekehrt ergibt sich im Hinblick auf Eigenkapital eine deutliche Forderungsposition von 21 Prozent des BIP. Österreich ist als aktiver Direktinvestor vor allem in Mittel- und Osteuropa sehr engagiert.

Kreditnachfrage der privaten Haushalte steigt

Nachdem im Mai 2013 mit +0,1 Prozent das historisch geringste Wachstum des Kreditvolumens an Private ausgewiesen wurde, stieg die Jahreswachstumsrate kontinuierlich auf +0,8 Prozent im September 2013 an. Im Euroraum-Durchschnitt blieb die entsprechende Wachstumsrate hingegen auf sehr niedrigem Niveau (+0,1 Prozent).

Das Kreditwachstum privater Haushalte in Österreich hat im Mai 2013 mit +0,1 Prozent einen Wendepunkt erreicht und begann sich nach diesem Zeitpunkt stetig – bis auf +0,8 Prozent im September 2013 – zu erhöhen. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Entwicklung der Jahreswachstumsrate bei Wohnbaukrediten – von +1,6 Prozent im Mai auf +2,1 Prozent im September. Bei Konsum- und sonstigen Krediten hat sich der Rückgang von –2,3 Prozent bzw. –2,0 Prozent im Mai auf jeweils –1,1 Prozent im September 2013 abgeschwächt.

> „Mehr Nachfrage als im Euroraum"

Im Euroraum-Durchschnitt war hingegen im Laufe des Jahres noch keine Erholung des Kreditwachstums bei privaten Haushalten erkennbar. Das Jahreswachstum entwickelte sich in den ersten drei Quartalen des Jahres rückläufig und erreichte im September 2013 +0,1 Prozent.

Die bessere Entwicklung des Kreditvolumens bei privaten Haushalten in Österreich erfolgte noch ohne nennenswerte Impulse von den Kreditzinssätzen. Während in Österreich die Zinskonditionen für Wohnbaukredite im Laufe des Jahres 2013 um -7 Basispunkte auf 2,49 Prozent geringfügig zurückgingen, mussten private Haushalte für neue Konsumkredite im September einen um 48 Basispunkte höheren Zinssatz als Ende Dezember 2012 akzeptieren.

AUSBLICK

Christine Domforth

Niedrigzinsen kurbeln kalte Enteignung an

Die gute Nachricht: Negativzinsen oder gar Gebühren für Sparguthaben – wie sie von einigen US-Banken bereits überlegt werden – wird es hierzulande nicht geben. Die schlechte Nachricht: Im Keller bleiben die Sparzinsen noch längere Zeit. Die Europäische Zentralbank ist offenbar fest entschlossen, ihre Politik des billigen Geldes fortzusetzen. Diese Politik ist für die hoch verschuldeten Staaten in Südeuropa und deren angeschlagenen Banken (über)lebenswichtig und freut jeden Kreditnehmer, doch sie birgt auch ernste Gefahren. Für die Sparer bedeuten die extrem niedrigen Sparzinsen, von denen noch Kapitalertragsteuer und Inflation abgezogen werden müssen, eine kalte Enteignung. Wer sein Geld aufs Sparbuch legt, verliert sukzessive, pro Jahr entgehen den heimischen Sparern auf diese Weise etwa zwei bis drei Milliarden Euro. Besonders fatal ist die Situation bei der langfristigen Altersvorsorge: Konnte man früher auf den Zinseszinseffekt setzen, der dafür sorgte, dass auch mit kleinen Sparraten über die Jahre hinweg beachtliche Beträge zusammenkamen, muss man heute mit einem schleichenden Wertverlust rechnen.

EZB macht „mediterrane" Zinspolitik

Unter Mario Draghi stellt die EZB ihre Geldpolitik immer stärker auf die Krisenländer in Südeuropa ab. Jene Ziele, die sie angeblich erreichen will – eine Ankurbelung der Wirtschaft, mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze –, werden dabei aber verfehlt. Nicht umsonst war die jüngste Leitzinssenkung innerhalb des obersten EZB-Gremiums alles andere als unumstritten. Das billige Geld kommt nämlich in Südeuropa nicht in der Realwirtschaft an. Anstatt Kredite an die Firmen zu vergeben, kaufen die Banken in Griechenland, Spanien usw. lieber Staatsanleihen – sehr zur Freude der Finanzminister dieser Länder. Auf Dauer kann aber eine extreme Niedrigzinspolitik, bei der die Sparer geschröpft werden, kein Ersatz für eine solide Budgetpolitik und den Abbau der Staatsschulden sein. Dass man mit billigem Geld allein kein Wachstum erzwingen kann, führt uns schließlich Japan seit Jahren vor.

Gefahr der Blasenbildung

Auf der Suche nach mehr Ertrag greifen nun viele Anleger wieder verstärkt zu riskanteren Finanzprodukten. Auch wenn die heimische Politik es leider gerne anders darstellt: Aktien sind nicht grundsätzlich Teufelszeug, und die Börse ist kein Casino. Jede moderne Volkswirtschaft braucht einen funktionierenden Kapitalmarkt. Aber Anleger, die spekulative Investments tätigen, sollten das Risiko einschätzen und notfalls auch tragen können. Wenn frustrierte kleine Sparer sich mit ihren Notgroschen aufs glatte Finanzparkett wagen, endet das sehr oft fatal.

Die internationalen Aktienmärkte haben sich zuletzt deutlich besser entwickelt, als dies die gar nicht so rosigen Konjunkturaussichten erwarten ließen. Die Flut an billigem Notenbankgeld treibt Dow, DAX & Co. auf immer neue Höchststände. Schon macht das böse Wort von der „Milchmädchenhausse" die Runde. Viele Experten sehen die Gefahr, dass sich bei Aktienkursen, bei Anleihen – vor allem solchen mit schlechterer Bonität – Blasen bilden. Auch einige Immobilienmärkte sind mittlerweile deutlich überhitzt. Was passiert, wenn solche Blasen plötzlich platzen, haben wir ja in der Krise ab 2008 schmerzlich erlebt.

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

„Weniger wäre mehr“

In den vergangenen Monaten ist in Europa viel mehr über Bankenregulatoren als über die Rolle der Banken beim global ersehnten Konjunkturaufschwung diskutiert worden. Die Regularien beherrschen derzeit die Diskussionen rund um die Finanzwirtschaft. Ob das zu einer nachhaltigen Stabilität der Finanzmärkte beitragen wird? Josef Christl, ehemals Mitglied des Direktoriums der OeNB und nunmehr Chef des Beratungsunternehmens Macro-Consult, ist da skeptisch.

„Ob die sich abzeichnende regulatorische Lawine wirklich zu höherer Finanzmarktstabilität führen wird, ist höchst ungewiss. Denn schon Basel II konnte diesen Anspruch nicht erfüllen. Im Gegenteil: Basel II führte durch den Einsatz interner Ratingmodelle zu einem deutlichen Anstieg der Verschuldungsquote der Banken, zu stärkerem Gleichschritt von Konjunktur und Kreditvergabe sowie zu einem Aufblühen von Schattenbanken“, untermauert Christl seine Bedenken.

> „Nicht bis ins kleinste Detail regulieren“

Während die Wirtschaftspolitik und die Regulatoren selbst die Wirkung der Fülle an Kontrollmechanismen für Wachstum und Beschäftigung weitgehend vernachlässigen, warnen die betroffenen Finanzdienstleister hörbar vor den überbordenden Kosten und vor allem vor den Dämpfungseffekten für das Wachstum.

Foto: privat

Josef Christl: „Die Bankenabgabe ist eine gravierende Behinderung bei der Verbesserung der Eigenmittelausstattung.“

Christl plädiert daher für eine regulatorische Politik mit Augemaß: „Ich würde in Österreich eine Zusammenfassung der nationalen Regulatoren zu einer einheitlichen Bankenaufsicht in der Nationalbank befürworten, hier wäre das niederländische Modell durchaus nachahmenswert.“

Zur inhaltlichen Debatte meint Christl, man sollte Hauptintentionen festlegen und nicht bis ins kleinste Detail regulieren. Er plädiert in diesem Zusammenhang dafür, „nicht auf Risikomodelle allein“ abzustellen, sondern einfachere Messgrößen zum entscheidenden Parameter zu machen. Dafür würde sich etwa die „leverage ratio“ eignen, mit der man die unbesicherten Aktiva der Eigenkapitalquote Tier 1 gegenüberstellt.

„Politik ist nicht kapitalmarktaffin“

Was das Eigenkapital der Banken betrifft, so sieht Christl die Bankenabgabe als eine „gravierende Behinderung“ bei der Verbesserung der Eigenmittelausstattung. Sie ist auch eine Belastung der Banken bei der Aufnahme von Risikokapital über Börsen, denn in Wahrheit sei diese Abgabe eine „Substanzbesteuerung“, die börsenotierte Kreditinstitute zusätzlich belaste. Dieses Austriacum sei in der gegenwärtigen Form einfach unvernünftig. Die Politik in Österreich sei eben nicht „kapitalmarktaffin“.

Was die Niedrigzinspolitik betrifft, so warnt Christl vor Blasenbildungen, die „an allen Ecken und Enden – etwa im Immobilienbereich – schon feststellbar sind“. Es wäre hoch an der Zeit, dass sich die EZB darüber Gedanken mache, denn es sei nicht die Aufgabe von Zentralbanken, zusätzlich Volatilität in die Märkte zu tragen, sondern Volatilität aus den Märkten zu nehmen. „Überall wo Risiko drinnen ist, wird das Geld weniger werden“, bringt er es auf eine griffige Formel.

Regeln für die Abwicklung von Banken nötig

Mittelfristig brauche es klare Regeln für die Abwicklung von Banken, wenn man den Steuerzahler aus den Bankenrisken „heraushalten“ wolle. Dabei sei auch die „Gläubigerhereinnahme“ legistisch festzulegen. Der wohl nicht zustande kommenden Finanztransaktionssteuer weint Christl keine Träne nach, denn sie wäre eine weitere Belastung der Kapitalmärkte ohne den politisch so oft betonten Lenkungseffekt geworden. In der Konjunktureinschätzung gibt sich der Finanzmarktexperte verhalten optimistisch: „Die jetzt vorliegenden Indikatoren aus Deutschland und aus den USA sehen recht gut aus. Es könnte also sein, dass 2014 das Wachstum in der Euro-Zone doch deutlich besser ausfällt als noch im Sommer dieses Jahres befürchtet“, so seine Analyse zur Jahreswende. *-üh-*

Erfolgreiche Unternehmen von morgen finden

Die Kärntner Sparkasse unterstützt seit heuer den „build!Impuls Ideenwettbewerb“ Ideenwettbewerb, bei dem kreative Köpfe und junge Gründer die Chance auf jede Menge Preise sowie tatkräftige Unterstützung in den Bereichen Ideenfindung, Selbstständigkeit und Finanzierung erhalten.

„build!“ ist ein sogenanntes AplusB-Zentrum und begleitet GründerInnen mit innovativen Ideen in der Startphase mit einer umfassenden Leistungspalette aus Beratung, Infrastruktur und finanziellen Zuschüssen. Innovative Geschäftsideen, die einmal unser Wirtschaftsleben prägen werden: Darum geht es beim „build!Impuls Ideenwettbewerb“. Es werden Menschen mit Unternehmergeist gesucht, die ihre Ideen auch in Kärnten umsetzen und in Zukunft ihr eigener Chef sein wollen. „Man muss keinen ausgefeilten Businessplan abgeben, sondern eine Idee haben und diese auch realisieren wollen“, erklärt „build!“-Geschäftsführerin Karin Ibovnik.

Wirtschaft ankurbeln

Seit dem Jahr 2007 wurden mehr als 350 Ideen eingereicht, über 20 davon haben es ins „build!“ Gründerzentrum geschafft. Als neuer Kooperationspartner des Wettbewerbs verfügt die Kärntner Sparkasse über ein umfangreiches Netzwerk und Know-how in der Gründerszene. „Natürlich geht es bei dem Ideenwettbewerb darum, die Gründerlandschaft in Kärnten zu fördern und damit auch die Wirtschaft im Bundesland anzukurbeln“, unterstreicht Harald Baier von der Kärntner Sparkasse. Mit ihrer „GO!“ Gründeroffensive hat die Sparkasse selbst ein umfangreiches Angebot, um Jungunternehmer vom ersten Businessplan bis zur Finanzierung zu begleiten. Mit „i2b“ (ideas to business) verfügen Erste Bank und Sparkassen auch über eine österreichweite Businessplan-Initiative. Da versteht es sich, dass die Kärntner Sparkasse auch den „build!Impuls Ideenwettbewerb“ mit Preisen unterstützt und auch in der Jury sitzt, die die Gewinner aussucht.

Abenteuer Gründung

Oft gibt es schon eine Eingebung oder es existiert einfach nur der Wunsch nach mehr Selbstbestimmung. Um diese Einfälle aufs Papier zu bringen, gibt es auch einen Workshop zum Thema Ideenfindung und Kreativitätstechniken, der von zukünftigen EinreicherInnen kostenlos besucht werden kann. „Die besten Ideen ergeben sich aus dem täglichen Leben. Egal ob beruflich oder privat, wenn ich etwas sehe, dass ich verbessern kann, um mir selbst zu helfen, besteht die Möglichkeit, dass diese Idee auch anderen Menschen nützlich sein kann“, so Hannes Jagerhofer, Schirmherr des heurigen „build!Impuls Ideenwettbewerbs“. Außerdem wird es einen Informationstag geben, an dem Interessierte von den „build!“-Experten beraten werden und sich über Finanzierungen und die ersten Schritte in die Selbstständigkeit informieren können. Nach dem Bewerbungsschluss am 31. Jänner 2014 werden die 15 besten Einreichungen ausgewählt und die Finalistinnen und Finalisten nehmen im Februar 2014 an einem Workshop teil, in dem ihre Idee noch einmal reflektiert und für die Präsentation vor der Jury vorbereitet wird.

Im April 2014 findet die Jurysitzung und im Anschluss die Prämierungsveranstaltung statt, in der die Siegerinnen und Sieger gekürt werden. Jagerhofer wird als Ehrengast professionelle Erfahrungswerte einbringen und sicherlich auch den einen oder anderen Tipp

Foto: Kärntner Sparkasse

Hannes Jagerhofer bringt als Schirmherr professionelle Erfahrungswerte in den Wettbewerb ein.

> „Netzwerk in der Gründerszene“

weitergeben. Er ist aber überzeugt, dass man es schaffen kann. „Mit dem nötigen Know-how kann jeder von Kärnten aus etwas entwickeln, das weltweit funktioniert und für Furore sorgt. Zusätzlich gibt es eine sehr kreative Umgebung, was bei der Ideenfindung natürlich enorm wichtig ist. Just do it – wer es nicht probiert kann es nicht schaffen, “ so Jagerhofer schon vorab. *-afe-*

Info:
www.go-gruendercenter.net
www.build.or.at

Recht auf ein Basiskonto und vieles mehr!

Im Mai dieses Jahres hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag über die Einführung eines Rechts auf ein Basiskonto sowie einen unionsweiten Kontowechselservice und einer Verbesserung der Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten vorgelegt. Das Europäische Parlament präsentiert Verbrauchernähe und streitet mit den Rat über wesentliche Punkte. Eine Einigung ist so schnell nicht in Sicht.

Roland L. Tassler, EU-Büro des Sparkassenverbandes in Brüssel

Die Kommission erhofft sich, dass transparente und besser vergleichbare Entgelte im Zusammenspiel mit dem für Kunden einfachen Kontowechsel dazu beitragen, dass die Konsumenten ein noch kostengünstigeres Angebot an Zahlungskonten erhalten werden. Darüber hinaus soll der vorgestellte Kontrahierungszwang zur vollständigen finanziellen Inklusion führen und allen EU-Bürgern unionsweit einen Zugang zu Bankdienstleistungen ermöglichen, sofern sie es wünschen.

Verbrauchernähe zur Europawahl im Mai

Die EU-Institutionen erwarten sich viel von diesem Rechtsakt. Im Mai 2014 werden die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Diese Initiative soll ein gehöriges Maß an Verbrauchernähe demonstrieren. Die beiden gesetzgebenden Organe der Union, das Parlament und der Rat, messen diesem Dossier daher eine hohe politische Priorität bei. Bevor sich die beiden Co-Gesetzgeber jedoch in den Verhandlungsring werfen, um sich auf einen endgültigen Text zu einigen, arbeitet jeder für sich an seinen Änderungswünschen zum Kommissionsvorschlag. Auffallend ist, dass sich die aktuellen Vorstellungen der beiden Organe in wesentlichen Punkten unterscheiden. Was beispielsweise den grenzüberschreitenden Kontowechsel anbelangt, so lehnen die Mitgliedstaaten diesen aufgrund von technischen Bedenken ab. Das Parlament hingegen setzt sich mehrheitlich für ein unionsweites Kontowechselservice ein. Um Inkompatibilitäten der Zahlungsverkehrssysteme zu berücksichtigen, schlägt das Parlament einen mehrjährigen Stufenplan vor. Vier Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie soll ein Wechsel aber grenzüberschreitend EU-weit möglich sein.

Die Zweite Sparkasse hat in Österreich schon Vorarbeit geleistet.

> „Basiskonto hat hohe politische Priorität“

Kontrahierungszwang für Basiskonto?

Unterschiede gibt es auch in der Betrachtung, wie viele Zahlungsdienstleister verpflichtet werden sollen, ein Basiskonto anzubieten. Wollen sich die Mitgliedstaaten einen hohen Grad an Flexibilität bewahren, beabsichtigt das Parlament alle Kreditinstitute zu verpflichten, ein Basiskonto anbieten zu müssen. Lediglich stark limitierte Ausnahmen schlägt der zuständige Wirtschaftsausschuss im Parlament vor. Damit eine negative Auslese vermieden werden kann, ist besonders eine dieser Ausnahmemöglichkeiten sehr zu begrüßen. Um gut funktionierende Basiskonto-Initiativen nicht zu gefährden, sollen Institute, die keine kommerziellen Ziele verfolgen, vom Kontrahierungszwang ausgenommen werden können. Eine derartige Regelung ist wichtig, um einen Rechtsrahmen für Institute, wie die Zweite Sparkasse, zu schaffen, die sich besonders um einer spezifische Kundengruppe, etwa jener der sozial und finanziell am schwächsten gestellten Personen, widmen wollen.

Zum aktuellen Zeitpunkt haben die beiden Gesetzgeber also noch unterschiedliche Auffassungen zu Kernfragen des Vorschlages. Klarheit dürfte aber spätestens im April 2014 herrschen. Absehbar ist jedoch bereits jetzt, dass ein Recht auf ein Basiskonto, ein gesetzlich vorgeschriebenes, zumindest nationales, Kontowechselservice sowie eine breite Palette neuer Informationsverpflichtungen kommen werden.

50 Jahre Arbeit für Sparkassenidee in Europa

Die Europäische Sparkassenvereinigung wurde vor 50 Jahren gegründet, um die Sparkassenidee im EU-Wirtschaftsraum im Rahmen des Integrationsprozesses zu untermauern und zu flankieren. Der Österreichische Sparkassenverband ist seit 25 Jahren mit dabei.

Herbert Vallant, Sparkassenverband European Affairs

Die Geburt der Europäischen Sparkassenvereinigung ESV (European Retail and Savings Banks Group/ ESBG) ist untrennbar mit der Geburtsstunde der Europäischen Union verbunden. Das Institut, das am 23. April 1963 gegründet wurde, entstammt einer Idee des damaligen Sparkassenverbandspräsidenten in Deutschland, Fritz Butschkau. Als Mitglied des Europäischen Wirtschafts-und Sozialausschusses fand es Butschkau für unerlässlich, dass die nationalen europäischen Sparkassenverbände enger zusammenarbeiten.

ESBG

50 Jahre später feiert die ESV ein halbes Jahrhundert an erfolgreicher Zusammenarbeit für den Spar-und Retail-Banking-Sektor in Europa. Angesiedelt in Brüssel, kümmert sich die ESV um die interessenpolitischen Anliegen der europäischen Sparkassen und vertritt diese gegenüber dem europäischen Gesetzgeber (Rat und Europäisches Parlament) sowie im Dialog mit der Europäischen Kommission.

> „Ein halbes Jahrhundert engster Kooperation“

Angeschlossen an die ESBG und damit am selben Sitz ist das Weltinstitut der Sparkassen, das sich vor allem um Entwicklung und Förderungen der Sparkassenidee weltweit einsetzt und dazu mit renommierten Institutionen wie etwa der „Bill and Melinda Gates Stiftung“ zusammenarbeitet.

Parallel dazu kann der Österreichische Sparkassenverband auf eine bereits 25 jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Damit wurde der europäischen Perspektive des Sparkassengedankens schon einige Jahre vor dem EU-Beitritt Österreichs Rechnung getragen. Dabei ruht ihre Mission auf den drei „R“ (retail, regional, responsible), die den besonderen Charakter der Sparkassen und die bestimmende Verknüpfung von Geschäftstätigkeit und gemeinwohlorientierter Ausrichtung widerspiegeln.

Foto: ESBG

EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy war Gastredner bei der Konferenz der Europäischen Sparkassenvereinigung.

Vor Kurzem brachte die Retail-Banking-Konferenz Vertreter der europäischen und internationalen Politik, Aufsichtsbehörden und Finanzinstitute sowie hochrangige Experten in Brüssel zusammen. Auf der Tagesordnung stand eine Vielzahl von Hintergrundgesprächen über die Zukunft des europäischen Retail-Banking-Sektors.

Wie zur Zeit ihrer Gründung im Jahr 1963 vertritt der ESBG weiterhin die Interessen der Spar-und Retail-Banken und fördert damit auch weiterhin die Entwicklung der Realwirtschaft.

ACHTerbahn

AWS bringt die Wirtschaft in die Schule

Die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule (AWS), ist eine seit 1966 erfolgreiche Kooperation des Österreichischen Sparkassenverbandes und der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ). Die AWS stellt Lehrerinnen und Lehrern Materialien für den Wirtschaftsunterricht zur Verfügung. Wir sprachen mit Josef Wallner, dem Leiter der AWS, über Zielsetzungen, Erfolge und Schwerpunkte.

Sparkassenzeitung: ***Haben sich die Ziele der AWS in den vielen Jahren ihres Bestehens verändert?***

Josef Wallner: Die Zielsetzung ist nach wie vor dieselbe: Wir bringen die Wirtschaft ins Klassenzimmer! Verändert haben sich natürlich die Zugänge und Methoden. Die AWS konzentriert sich auf zwei wesentliche Bereiche: Erstens den Umgang mit Geld und wirtschaftliche Alltagsthemen, etwa Kaufverträge, wirtschaftliches Handeln, also ein breit gefasster Financial-Literacy-Begriff. Wirtschaftliches Wissen, das man im Alltag anwenden kann. Zweitens ist uns die volkswirtschaftliche Säule sehr wichtig. Schülerinnen und Schüler sollen befähigt werden, wirtschaftliche und damit auch politische Zusammenhänge zu verstehen. Sie sollen am politischen und wirtschaftlichen Geschehen teilhaben können, verstehen, was in der Zeitung steht. Diese Inhalte werden von uns didaktisch modern und kompetenzorientiert vermittelt.

Wie erfolgreich sind Sie mit diesem Konzept? Gibt es Rückmeldungen aus der Lehrerschaft oder Zahlen, die den Erfolg belegen?

Von unseren Materialien werden im Jahr nur noch drei bis vier gedruckt, in einer Auflage von jeweils 10.000 Stück. Ein Großteil wird online zur Verfügung gestellt. 2013 wurden etwa 60.000 Downloads getätigt. Das ist ein immenser Erfolg. Wir können natürlich nicht kontrollieren, ob die Materialien ausschließlich von Lehrerinnen und Lehrern bezogen werden, aber auch wenn sich Schülerinnen und Schüler mit diesen Themen befassen und die Unterlagen heranziehen, um Referate zu gestalten oder Projekte umzusetzen, ist das positiv. Auch eine Studie, in der die Serviceleistungen der WKÖ bewertet wurden, hat die AWS sehr gut abgeschnitten. Das liegt hoffentlich daran, dass wir Lehrerinnen und Lehrer als unsere Kunden sehen, für die wir eine Serviceleistung erbringen. Unser Job ist es, oftmals auch sperrige Themen „kulinarisch" aufzubereiten.

Was hat 2013 besonders gut funktioniert?

Josef Wallner: „Schülerinnen und Schüler sollen befähigt werden, wirtschaftliche und damit auch politische Zusammenhänge zu verstehen."

Besonders gut angekommen ist 2013 die Unterlage „Handel 2020". Hier haben wir den Strukturwandel aufgezeigt, E- und M-Commerce thematisiert, dabei aber auch fairen Handel und nachhaltiges Einkaufen besprochen. Das ist ein spannendes Thema, das alle betrifft.
Der Renner bei den Downloads war die Ende 2012 erschienene Broschüre „Praxisfälle zur Unternehmensgründung". Entrepreneurship fördern ist gerade ein wichtiges Thema, unsere Unterlage kam da offensichtlich genau zum richtigen Zeitpunkt.

Was sind Ihre Pläne für das kommende Jahr bzw. für die kommenden Jahre?

Auch bei uns werden die Budgets nicht größer. Aus diesem Grund arbeiten wir immer wieder mit unterschiedlichen Kooperationspartnern zusammen, was einige spannende Unterlagen ergeben hat. Zwei Beispiele sind die Zusammenarbeit mit der österreichischen Kreativwirtschaft oder die Kooperation mit der Initiative Go international. Neue Partner zu finden, steht auf unserer Liste weit oben.
Noch wichtiger ist es uns, rasch auf aktuelle politische und wirtschaftliche Geschehnisse zu reagieren. Aus diesem Grund stellen wir keine dicken Medienpakete mehr her, sondern produzieren lieber Unterlagen zu aktuellen Fragen, etwa im Bereich WirtschaftspressePLUS. Am Beispiel eines Zeitungsartikels kann anhand unserer Unterlage ein Thema erarbeitet und diskutiert werden. 2013 ging es etwa um das EU-weite Verbot von Plastiksackerl, oder das EU-Budget.

Das Interview führte Sandra Paweronschitz

Die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule…

… hat in den vergangenen zehn Jahren rund 13.000 Medienpakete erstellt und in die Klassenzimmer gebracht.
… stellt aktuell 76 Unterlagen zur Verfügung, die 1:1 im Unterricht einsetzbar sind.
… stellt mehrmals im Jahr auch englische und französische Unterlagen für den wirtschaftsbezogenen Fremdsprachenunterricht zur Verfügung.
… bietet jährlich mindestens zwei Workshops für Lehrerinnen und Lehrer an.
… ist seit 1966 verlässliche Partnerin für Lehrerinnen und Lehrer.
… ist am Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw) angesiedelt.

Mehr unter **www.wko.at/aws**

IMPRESSUM: Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at Internet: www.sparkasse.at, Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Armand Feka, MA, Mag. Sandra Paweronschitz, Mag. Helmut Reindl; Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nicola Frimmel, Mag. Michael Mauritz
Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien, www.kommunalverlag.at
Diese Ausgabe wurde am 9. 12. 2013 redaktionell abgeschlossen. Der Druck erfolgt auf PEFC-zertifiziertem Umweltpapier.

ACHTerbahn

Unter dem Seitentitel „Achterbahn" wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Die Rosenheim-Cops NEU

Das kann ja heiter werden: Bayern will eine Autobahnmaut für ausländische Kfz, die deutschen Autofahrer dürfen dabei aber nicht belastet werden. So steht es – gegen den Willen der Bundeskanzlerin – im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Es droht also erstmals seit 1806, als Bayern das Innviertel an Österreich abgeben musste, wieder Zoff entlang des Alpenhauptkammes. Denn das so genannte Große Deutsche Eck ist der Österreicher liebste Transitstrecke im Westen, wenn sie aus leistungsfähiger Autobahn von Salzburg nach Innsbruck oder vice versa gelangen wollen. Ministerin Bures hat schon angekündigt, mit allen verfügbaren, rechtlichen Geschützen gegen diese fiskalische Wegelagerei in Brüssel ankämpfen zu wollen. Zumal die beabsichtigte Regelung den Grundsätzen der EU von der jeweiligen Gleichbehandlung aller Bürger der Mitgliedstaaten zuwider liefe.
Doch damit nicht genug: Der Flughafen Salzburg-Maxglan ist in existenzieller Gefahr, weil man in Freilassing den Fluglärm nicht mehr hinnehmen will. Hier droht also ein nächster Konflikt zwischen der Alpenrepublik und dem Freistaat …
Einmal mehr wird anhand dieser beiden Beispiele klar, wie weit wir von einem europäischen Binnenmarktbewusstsein noch entfernt sind. Doch niemand in Österreich werfe den ersten Stein: Der teilweise militante Transitwiderstand entlang der Inntalautobahn und der Brenner-Strecke in Tirol war ebenfalls ein Paradebeispiel für das verkehrspolitische Floriani-Prinzip. Ökonomische Integration im Binnenmarktkonzept hin, Schengen-Abkommen her, immer wieder versuchen Regionalpolitiker sich aus der Geografie zu stehlen.
Jetzt wird das Inntaldreieck bei Rosenheim gleichsam zum Battle Ground für eine Auseinandersetzung, die dem Integrationsgedanken nur schaden kann. Die Rosenheim-Cops haben sich schon die Inkassotasche umgehängt. Wer nicht zahlen will, der wird sich durch Bad Reichenhall zum Unkenpass in der Kolonne quälen müssen
Es wird Zeit für eine EU-weite Regelung der Straßenbenutzungsgebühren. Denn bei der Freiheit des Waren- und Reiseverkehrs gleichen die gegenwärtigen, kleinräumigen Regelungen der deutschen Kleinstaaterei im 19. Jahrhundert. Und selbst diese wurde durch den deutschen Zollverein von 1834 schrittweise gemildert. Na, wie wär's ? *-üh-*

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Niederösterreich weist mit allen Nachbarländern, ausgenommen Oberösterreich und Tschechien, einen positiven Kaufkraft-Saldo auf."
Aus einer Aussendung der Wirtschaftskammer Niederösterreich

„Liebling, ich habe das Budgetloch geschrumpft."
Titel eines Berichtes über die Koalitionsverhandlungen in der WIENER ZEITUNG

„Ich hasse niemanden so sehr, dass ich ihm wünsche, Finanzminister zu werden."
Professor Bernhard Felderer, seit Jahren Vorsitzender des Staatsschuldenausschusses

„Zwei große Schwarze in einem Wiener Kaffeehaus im Monat weniger und man sichert sich die private Pflege."
Städtische-General Robert Lasshofer im KURIER